

Osttimor – Geschichte und Perspektiven

Bei meinem Blick auf die Geschichte Osttimors geht es mir nicht so sehr um Details an Daten und Zahlen. Ich will vielmehr die jeweiligen territorialen Ansprüche herausarbeiten und darauf aufbauend nach Lösungsperspektiven suchen.

In einer Zeit, in der Indonesien mehr denn je für sein Vorgehen in Osttimor angeklagt wird und sogar der amerikanische Präsident Bill Clinton offen mehr Autonomie fordert, geraten die Militärs in Jakarta unter immer größeren Legitimationsdruck. Ihre Rechtfertigungen orientieren sich weitgehend an der Position, die der frühere Außenminister Mochtar Kusumaatmadja einst auf den Punkt gebracht hat: "Osttimor – das war eine Korrektur der Geschichte".

Indonesien beruft sich also auf historische Ansprüche, und die Annexion war demnach ein verspäteter Akt der Entkolonialisierung. Zudem behauptet Jakarta, Osttimor habe das Recht auf Selbstbestimmung bereits in Anspruch genommen. Beide Argumente verdienen es, näher untersucht zu werden.

Die Grenzen des heutigen Indonesien sind kolonialen Ursprungs – bis auf Osttimor. In der vorkolonialen Epoche hat es zwar verschiedene Versuche gegeben, von Java oder Südsumatra aus ein Großreich zu errichten, doch so weit wie unter der Niederländischen Ostindischen Kompanie reichten die Grenzen nie. Das wichtigste vorkoloniale Imperium war das Hindu-Königreich Majapahit, das von 1222 – 1525 große Teile des heutigen Indonesiens beherrschte. Der Ostteil Indonesiens mit der Insel Westpapua gehörte jedoch nicht zu seinem Einflußbereich. Die portugiesischen Kolonialisten erschütterten das Großreich als erste, doch konnten sie sich selbst nicht lange behaupten. 1641 entrissen ihnen die Niederländer Malakka und legten damit den Grundstein für eines der größten Kolonialreiche in Asien. Innerhalb von 200 Jahren dehnten sie ihre Herrschaft bis West-Melanesien (dem Westteil des sogenannten Neu Guinea) aus. Auf diese Grenzen berief sich die Mehrheit der indonesischen Nationalbewegung im antikolonialen Kampf. Die Niederlande wollten dagegen für Westpapua eine Sonderregelung durchsetzen und den Anschluß an Indonesien verhindern. Nach dem Prinzip des Selbstbestimmungsrechts wäre eine solche Lösung durchaus sinnvoll gewesen, denn in Westpapua bestand keinerlei Zusammengehörigkeitsgefühl mit den westlichen Nachbarn. Innerhalb der indonesi-

schen Nationalbewegung zeigt der spätere Innenminister Hatta Verständnis für diese Position.

Die Kolonialmacht konnte sich mit ihren Plänen für Westpapua jedoch langfristig nicht durchsetzen. 1962, 13 Jahre nach ihrem Rückzug aus Indonesien, mußte sie auf internationalen Druck auch Westpapua aufgeben.

Die indonesische Position im Westpapua-Konflikt wurde nicht zuletzt deshalb von der Mehrheit der Vereinten Nationen geteilt, weil sie dem Prinzip der "territorialen Integrität" entsprach. Danach muß das Territorium des neuen Staats mit dem der Kolonie identisch sein – ungeachtet der willkürlichen Grenzziehung. Allein zwei Ausnahmen bestätigten eher diese Regel, die wie eine nachträgliche Rechtfertigung kolonialer Willkür wirkt: Aus Französisch-Westafrika gingen zwischen 1960 und 1962 vierzehn eigenständige Nationalstaaten hervor, und auf dem indischen Subkontinent setzten die Moslems ihren eigenen Staat Pakistan durch. Ansonsten galt das Prinzip der territorialen Integrität.

Osttimor fällt nicht unter das Prinzip. Es war das letzte Gebiet der portugiesischen Kolonialmacht in Südostasien und auch in der vorkolonialen Epoche gab es keine nennenswerten Verbindungen zum Staatsgebiet des heutigen Indonesien. Die historischen Ansprüche Indonesiens sind nicht haltbar, und bezeichnenderweise hat niemand aus der indonesischen Nationalbewegung bei der Unabhängigkeit in den vierziger Jahren oder der Einverleibung Westpapas in den sechziger Jahren Ansprüche auf Osttimor erhoben. Osttimor war selbst dann kein Thema in Jakarta, als die Sukarno-Regierung mit ihrer Konfrontasi-Politik ganz unverhohlenen Ansprüche auf Malaysia anmeldet hat.

Vollendete Selbstbestimmung?

Wenn sich die indonesische Regierung auf die Geschichte beruft, ist das also wenig überzeugend. Es bleibt die Frage nach dem Selbstbestimmungsrecht, das nach indonesischem Verständnis bereits verwirklicht wurde

Osttimor rückte 1960 zum ersten Mal ins Blickfeld der internationalen Gemeinschaft, als die UN-Vollversammlung in der Resolution 1542-XV eine Liste aller nicht selbstverwalteten Gebiete unter portugiesischer Verwaltung

veröffentlichte. Darunter befand sich auch Osttimor. Diese Gebiete fallen unter Artikel 73e der UN-Charta, der das Selbstbestimmungsrecht für die kolonialisierten Völker fordert. Für die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts sieht die Resolution 1541-XV folgende Möglichkeiten vor:

- die Gründung eines souveränen Staates,
- die Verbindung mit einem souveränen Staat,
- die Integration in einen souveränen Staat.

Die staatliche Unabhängigkeit ist also nicht die einzige Perspektive, das Recht auf Selbstbestimmung zu verwirklichen, und darauf beruft sich Indonesien im Falle Osttimors. Nach offizieller Sichtweise Jakartas ist die indonesische Armee von vier der fünf osttimoresischen Parteien gerufen worden, um den Bürgerkrieg auf der Inselhälfte zu beenden. Die Soldaten hätten dann am 18. Dezember 1975 eine provisorische Regierung errichtet. Im Mai 1976 habe eine aus 28 Personen bestehende osttimoresische Volksversammlung ein Angliederungsgesetz an Indonesien verabschiedet, das zwei Monate später auch von Präsident Suharto, dem Wunsche Osttimors folgend, unterzeichnet wurde. Am 16. August fand dann die offizielle Angliederung als 27. Provinz Indonesiens statt.

Stimmte diese Sicht, wäre dem Recht auf Selbstbestimmung nach den Statuten der UNO durchaus Rechnung getragen. Die Realität sieht jedoch anders. Ich will nicht näher auf die Situation vor der Invasion eingehen, sondern nur darauf hinweisen, daß zahlreiche Berichte von Augenzeugen, die sich in jenen Monaten in Osttimor aufgehalten haben, die indonesische Auffassung eindeutig widerlegen, wonach die Armee gekommen sei, um einen Bürgerkrieg zu beenden. Der Bürgerkrieg war längst beendet und die Unabhängigkeitsbewegung FRETILIN leistete Erstaunliches beim Aufbau des Landes. Das bezeugen selbst unverfängliche Zeugen wie konservative australische Abgeordnete der Liberal Party oder Kirchenvertreter.

All den Schritten nach der Invasion, die das Recht auf Selbstbestimmung umsetzen sollten, fehlten zwei wichtige Voraussetzungen: die Freiwilligkeit und die internationale Kontrolle. Es gab die sogenannte osttimoresische Volksversammlung, die um Anschluß an Indonesien geben hat, in der Tat, doch waren die Mitglieder von Indonesien ernannt worden, und aus Sicherheitsgründen tagten sie zum Teil auf einem indonesischen Kriegsschiff vor der Küste der Hauptstadt Dili. Beinahe überflüssig zu erwähnen, daß keinerlei unabhängige Beobachter zugelassen waren. Aufgrund dieser Umstände hat die Mehrheit der UNO – trotz intensiver indonesischer Lobbyarbeit – die Annexion nie anerkannt. Völker-

rechtlich betrachtet sie Osttimor nach wie vor als nicht selbstverwaltetes Gebiet, und Portugal gilt weiterhin als administrative Macht.

Es gibt also weder historisch noch völkerrechtlich einen berechtigten Anspruch Indonesiens auf Osttimor.

Die vier Phasen des Krieges

Bei der Frage nach der Entwicklung seit der Invasion vom Dezember 1975 möchte ich ebenfalls nicht so sehr Zahlen und Daten präsentieren, sondern Entwicklungen und Strukturen. Meines Erachtens läßt sich der Krieg um Osttimor in vier Phasen einteilen, von denen sich die letzten beiden zeitlich überschneiden.

Die erste Phase dauerte von der Invasion bis etwa Ende 1978, als die erste Generation der FRETILIN-Führer um Xavier do Amaral und Nicolao Lobato entweder tot war oder den Kampf aufgegeben hatte. Es ist die Phase des großen Genozids. Weit über 100.000 Menschen starben damals unter dem indonesischen Terror. Sie wurden wahllos ermordet, zu Tode gefoltert oder gezielt ausgehungert. Der "Waffe" Hunger fielen die meisten Menschen zum Opfer.

Die zweite Phase dauerte von 1979 bis 1983. Es ist die Zeit der zaghaften Öffnung, der scheinbaren Konsolidierung der indonesischen Macht und kleiner Hoffnungsschimmer. Aufgrund internationaler Empörung mußte Indonesien ausländische Hilfswerke ins Land lassen, die viele Menschen vor dem Hungertod retteten. Indonesien erlaubte das auch deshalb, weil die FRETILIN geschlagen schien. Zu Beginn der achtziger Jahre gelang es jedoch dem neuen FRETILIN-Präsidenten Xanana Gusmao, die Bewegung zu reorganisieren. Die neuen Kämpfe sorgten bald für eine Kriegsmüdigkeit unter den Besatzungssoldaten. Deshalb ließ sich der Oberbefehlshaber der Truppen, Oberst Purwanto, im März 1983 sogar auf Waffenstillstandsverhandlungen mit der FRETILIN ein; ein erster Hoffnungsschimmer nach über sieben Jahren Krieg. Die Hoffnung währte jedoch nur fünf Monate. Im August 1983 startete Jakarta eine neue Offensive mit neuen Truppen und einem neuen Oberbefehlshaber. Ziel dieser und zahlreicher weiterer Offensiven war die Gefangennahme von Xanana Gusmao.

Die dritte Phase dauerte von 1983 bis Ende 1992, der Gefangennahme Xanana Gusmaos. In der Zeit intensivte sich der Kleinkrieg, begleitet von brutalen Menschenrechtsverletzungen der indonesischen Armee. Zahlreiche Berichte, vor allem aus kirchlichen Quellen belegen die Grausamkeiten. Mit der Gefangennahme Xanana Gusmaos im November 1992 verlor der bewaffnete Widerstand (vorerst) seine Bedeutung.

Die vierte Phase des Kampfs um Osttimor begann im Oktober 1989 und dau-

ert bis heute. Sie wird geprägt von einer wachsenden Protestbewegung in den Städten. Die Aktivisten sind überwiegend Jugendliche, die nie direkten Kontakt mit der FRETILIN hatten, weil sie unter der indonesischen Besetzung aufgewachsen sind. Beginn der Protestwelle war der Besuch des Papstes im Oktober 1989. Erstmals nutzen die Menschen in der Hauptstadt damals die öffentliche Aufmerksamkeit, um für ihr Recht auf Selbstbestimmung zu protestieren. Einige Monate später begleiteten Demonstrationen auch den Besuch des amerikanischen Botschafters. Die indonesische Armee zeigte sehr schnell, daß sie auf friedliche Proteste genauso reagiert wie auf militärischen Widerstand. Am 12. November 1991 eröffneten Soldaten das Feuer auf einen Trauerzug am Eingang des Santa Cruz Friedhofs und richteten ein Massaker an. Aufgrund von Augenzeugenberichten ermittelte eine unabhängige portugiesische Untersuchungskommission später 273 Tote, 255 Verschwundene und 376 Verletzte. Trotz des Terrors lassen sich die Menschen nicht einschüchtern, wie jüngst die Demonstrationen im Umfeld des Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftsforums (APEC) in Jakarta gezeigt haben.

Vor allem die jüngste Phase des Kampfs um Osttimor zeigt, wie weit Indonesien davon entfernt ist, seine Macht zu konsolidieren. Nicht einmal diejenigen, die unter Jakartas Herrschaft aufgewachsen sind, erkennen die Annexion an.

Parallelen und Perspektiven

Zwei völkerrechtliche Parallellfälle werden immer wieder genannt, Kuwait und die Falkland-Inseln. Beide wurden ebenfalls von aggressiven Nachbarn besetzt, die sich dabei auf fragwürdige historische Ansprüche beriefen. In beiden Fällen intervenierte die UNO unter der Führung der USA bzw. des "Mutterlandes" Großbritannien. Zwar sind die Konflikte in der Tat völkerrechtlich ähnlich zu bewerten, doch eine Perspektive bieten sie nicht, denn in beiden Fällen waren die Interessen von Großmächten berührt. Es ist deshalb auch müßig und kaum mehr als moralische Hilfllosigkeit, sich auf Kuwait oder die Falklands zu berufen. Die USA und kein anderer mächtiger Staat der Erde werden ernsthaft einen Konflikt mit Indonesien wegen Osttimor beginnen. Um realistische Perspektiven zu entwickeln, müssen andere Parallelen gefunden werden. Zwei Konflikte drängen sich

auf, die Westsahara und Eritrea. Das Beispiel Eritrea ist in der Tat eine Hoffnung für Osttimor. Dort hat die EPLF auch in den Zeiten der härtesten Repression den Kampf gegen die äthiopische Armee aufrecht erhalten und auf große Unterstützung der Menschen in den Städten unter der Besetzung bauen können. Allerdings waren die Bedingungen für die EPLF günstiger als für die FRETILIN, weil sie über die Nachbarstaaten Zugang zu den befreiten Gebieten hatte und schon im Krieg mit dem Aufbau des Landes beginnen konnte. Damit war die EPLF stark genug, um bei einer grundlegenden Veränderung der politischen Lage in Äthiopien die Unabhängigkeit durchsetzen zu können.

Eine grundlegende Veränderung der politischen Lage in Indonesien ist auch Voraussetzung für das Selbstbestimmungsrecht in Osttimor (wie immer das dann aussehen mag). Immerhin gibt es erste Anzeichen der Solidarität mit Osttimor in Indonesien. Studenten und Intellektuelle wie Prof. George Aditjondro kritisieren offen die Regierung, und selbst in den Zeitungen der weitgehenden gleichgeschalteten Presse werden kritische Stimmen laut. Das gilt auch für die regionale Tageszeitung, Suara Timor Timur. Die Menschen in Osttimor haben durch ihren nunmehr knapp zwanzigjährigen Kampf gezeigt, daß sie stark genug sind, um bei einer Veränderung der politischen Lage in Indonesien ihr Recht auf Selbstbestimmung durchzusetzen. Das gibt Anlaß zur Hoffnung auf eine gerechte Lösung des Konflikts.

Klemens Ludwig

Der Autor ist freier Journalist und langjähriger Mitarbeiter der Gesellschaft für bedrohte Völker. Bei dem Beitrag handelt es sich um eine überarbeitete Fassung seines Referats auf der Tagung "Die europäische Verantwortung für Osttimor" in der Evangelischen Akademie Iserlohn vom 30.9. - 2.10.1994.

- Anzeige -

